



Interviews

Informationen am Morgen

Datum: 22.02.2023

Iran: Todesurteil gegen Deutschen

Jasper Barenberg im Gespräch mit Jürgen Trittin, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen, außenpolitischer Sprecher

Jasper Barenberg: Am Telefon ist Jürgen Trittin von den Grünen, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages und Obmann seiner Partei. – Schönen guten Morgen, Herr Trittin!

Jürgen Trittin: Guten Morgen!

Barenberg: Das Todesurteil gegen Jamshid Sharmahd, ist das für Sie ein klarer Fall von Willkürjustiz?

Trittin: Ein klarer Fall von Willkürjustiz. Es ist im Übrigen auch wohl eine Antwort auf das, was wesentlich vorangetrieben von Annalena Baerbock beim letzten Rat für Außenbeziehungen der EU beschlossen worden ist, das fünfte Sanktionspaket gegen den Iran wegen der Unterdrückung der Menschen dort und wegen der Unterstützung Russlands im Ukraine-Krieg. Zum ersten Mal ist beispielsweise der Minister für Erziehung und Ähnlichem von europäischen Sanktionen betroffen und da Deutschland hier eine sehr federführende Rolle gehabt hat und hat, scheint das ein Teil der Geiselnahme zu sein mit dieser Verurteilung.

Barenberg: Dieser 67jährige ist quasi eine politische Geisel in den Händen des Regimes in Teheran?

Trittin: So würde ich das interpretieren. Der zeitliche Zusammenhang zwischen dem wesentlich von Deutschland vorangetriebenen fünften Sanktionspaket gegen den Iran der Europäischen Union und der Verurteilung drängt diesen Verdacht auf.

Barenberg: Die Außenministerin – Sie haben sie angesprochen – hat in ihrer Reaktion angekündigt, auf dieses Todesurteil wird es eine deutliche Reaktion der Bundesregierung geben. Welche sollte das sein?

Trittin: Man wird überprüfen, welche anderen Maßnahmen und zusätzlichen Maßnahmen man ergreifen kann. Das ist, glaube ich, die richtige Reaktion an dieser Stelle. Wir werden es nicht hinnehmen, dass wir hier an dieser Stelle erpresst werden, und die Aussage von Annalena Baerbock zeigt auch, dass Deutschland nicht bereit ist, sich auf ein solches Spiel mit Geiseln einzulassen. Es sind übrigens nicht die einzigen. Wenn Sie mal hinschauen, wie viele Doppelstaatsbürger aus Frankreich im Iran sitzen, dort von der Todesstrafe bedroht werden, das scheint ein sehr, sehr, inzwischen leider wohl geübtes Verfahren der Teheraner

Machthaber zu sein zu versuchen, sich auf diese Weise dem ausländischen Druck zu entziehen. Aber die Botschaft von Annalena Baerbock ist klar, wir werden uns nicht erpressen lassen.

Barenberg: Jetzt haben Sie aber noch nicht gesagt, wie die Reaktion aussehen soll, die nach den Worten der Außenministerin ja deutlich ausfallen muss.

Trittin: Das habe ich nicht gesagt, weil ich da der Außenministerin und der Bundesregierung nicht vorgreifen will, zumal wir dort gar nichts alleine machen können, sondern wenn wir es sinnvoll machen wollen, das immer im europäischen Geleitzug machen werden. Nur da sind Sanktionen und andere Maßnahmen tatsächlich tragfähig.

Barenberg: Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hat gewissermaßen die politische Patenschaft vor einigen Monaten für Jamshid Sharmahd übernommen, ist jetzt entsprechend schockiert von diesem Todesurteil und fordert die Bundesregierung auf, zumindest im Fall der Vollstreckung des Urteils die diplomatischen Beziehungen zu Teheran abubrechen, den Botschafter Irans aus Berlin auszuweisen und das Ganze auf das runterzufahren, was man Geschäftsträger nennt. Ist das für Sie ein gangbarer wichtiger Weg?

Trittin: Ob es die ganzen Maßnahmen sind, die das Teheraner Regime beeindrucken, weiß ich nicht. Es wird notwendig sein, zumindest den Botschafter heute erst mal einzubestellen und ihm mitzuteilen, dass die Bundesregierung nicht bereit ist, das zu akzeptieren. Wie man dann entsprechend weiter vorgeht, das würde ich in der Tat von einem gemeinsamen Vorgehen der Europäer abhängig machen.

Barenberg: Sie haben gesagt, ein wichtiges Prinzip ist klarzumachen, dass man sich nicht einlässt auf diese Art von politischem Handel mit politischen Geiseln, wie Jamshid Sharmahd offenkundig eine ist in Ihren Augen. Wie kann man sich denn diesem bösen Spiel entziehen?

Trittin: Wir haben ja schon Maßnahmen ergriffen. Wir haben vor einigen Wochen – das hat durchaus Verwunderung ausgelöst und auch bei einigen Missstimmungen – alle deutschen Staatsbürger, auch Menschen, die in Hilfsorganisationen und Ähnlichem tätig waren, aufgefordert, den Iran zu verlassen. Akut sind insbesondere gerade Doppelstaatler – und da gibt es sehr, sehr viele – bedroht. Das heißt, wir haben schon den Betrieb beispielsweise der Teheraner Botschaft auf das absolut Notwendige runtergefahren, weil wir genau das befürchtet haben. Der Betreffende ist aber ja schon länger im Gewahrsam der iranischen Machthaber, übrigens importiert, aus einem anderen Land herbeigeführt. Ich glaube, jetzt zeigt sich, wie berechtigt die von vielen kritisierte Maßnahme war, nämlich der Abzug von Zivilbeschäftigten aus dem Iran vor einigen Wochen durch die Bundesregierung.

Barenberg: Wir wissen ja auch, dass der Iran Menschen mit doppeltem Pass im Grunde so behandelt, als hätten sie keinen anderen als den iranischen Pass.

Trittin: Noch viel schlimmer! Der Iran entlässt auch niemanden aus seiner Staatsbürgerschaft. Insofern sind alle gebürtigen Iraner, die inzwischen Deutsche sind, immer Doppelstaatler.

Barenberg: Die Außenministerin hat auch klargemacht, dass die Bundesregierung sich in diesem Fall bemüht hat, aber die Bemühungen missachtet wurden von Teheran, beispielsweise Jamshid Sharmahd konsularische Begleitung zukommen zu lassen. Aber macht das nicht schon deutlich, dass weder die Sanktionen, noch die Anstrengungen der Bundesregierung bisher irgendwas erreicht haben, jedenfalls in diesem Fall nicht?

Trittin: Noch mal: Mein schlimmer Verdacht ist, dass die harte Art und Weise, wie wir unter der Außenministerin Annalena Baerbock auf die Menschenrechtsverletzungen im Iran reagiert haben, nun mit dazu geführt hat, dass Jamshid Sharmahd parallel zum fünften Sanktionspaket zum Tode verurteilt worden ist. Das ist offensichtlich die Art, wie damit umgegangen wird. Sollen wir deswegen wegschauen über das, was im Iran passiert? Nein! – Sollen wir diejenigen, die für diesen Terror gegen die eigene Bevölkerung verantwortlich sind, in Ruhe lassen? Nein, wir müssen sie zur Verantwortung ziehen. Dazu zählen jetzt mittlerweile Sanktionen, die sich gegen rund 20 Organisationen und über 70 Einzelpersonen richten. Das ist der richtige Weg und das ist offensichtlich der Weg, der die Teheraner Machthaber gewaltig stört, so gewaltig, dass sie hier anfangen, Geiseln zu nehmen.

Barenberg: Die jüngste Runde der Sanktionen, die jüngsten Beschlüsse bringen ja mit sich, dass weitere 32 Personen auf die Sanktionsliste gesetzt wurden, zwei weitere Organisationen, unter anderem der Kulturminister, unter anderem der Bildungsminister. Ist es aber doch fair zu sagen, von der Wirkung sollten wir uns nicht allzu viel versprechen?

Trittin: Es ist wie immer bei Sanktionen. Sanktionen wirken nicht von heute auf morgen; sie wirken langfristig. Der Iran unterliegt einem umfassenden Sanktionsregime. Es gibt die einseitigen Sanktionen der USA, es gibt die umfassenden Sanktionen, die die Weltgemeinschaft im Zusammenhang mit dem Teheraner Atomabkommen verhängt hat, und es gibt die Batterie von Sanktionen, die jetzt die Europäische Union wegen der Menschenrechtsverletzungen dort hat. Das hat im Iran durchaus seinen Effekt gehabt. Die wirtschaftliche Lage und all dieses, im Übrigen auch zum Teil die Unzufriedenheiten mit den Machthabern sind Folgen dieses Regimes, was den Iran nach Nordkorea zum zweitstärkstsanktionierten Staat der Welt gemacht hat.

Barenberg: Amnesty International hat sich auch zu dem Fall geäußert und hat das Fazit daraus gezogen, jetzt sei es vorbei mit der Zeit, wo man auf stille Diplomatie setzen könne, jetzt hilft nur noch öffentlicher Druck. Stimmt diese Richtung?

Trittin: Ja! Ich weiß nicht, was Amnesty in den letzten Wochen gemacht hat. Wir haben als Bundesregierung schon lange auf das Instrument der stillen Diplomatie nicht verzichtet. Selbstverständlich spricht man auch noch mit dem Iran, unter anderem über diese Fragen. Aber wir haben sehr deutlich öffentlich gemacht durch das, was man public diplomacy nennt, und durch Handeln, sprich auf jede Eskalation mit einem neuen Sanktionspaket reagiert. Das kann man ja schlecht als stille Diplomatie bezeichnen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.